

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Wg. Zeilen
30 Wg. 1. Offertengeld und Ausfertigung 30 Wg.
Bei anstandsloser Bezahlung oder Kontant in jeder
Rabatt 10% bis 15%. Bei Vorzahlung 20% bis 25%.
Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur
dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 21 08.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder
durch die Post monatlich 1,50 M. einchl. Trägerlohn.

Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an
Sonntagen und Feiertagen. — Störungen infolge
höherer Gewalt rechtfertigen keine Ersparnisse.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Mundfunk

Nr. 205

Donnerstag 1. September 1932

35. Jahrgang

Deutschland fordert Gleichberechtigung.

Um die deutsche Wehrhoheit. — Ein deutscher Schritt in Paris. — Eine Denkschrift über die Reorganisation der Reichswehr. — Serriot behauptet, daß er „nicht übermäßig überrascht“ sei.

Deutscher Schritt in Paris.

Paris, 31. Aug. Wie die United Press am Quai d'Orsay erfährt, hat die Reichsregierung der französischen Regierung durch den französischen Botschafter in Berlin offiziell ihren Wunsch nach Durchführung der Rüstungsgleichheit mitgeteilt. Die Mitteilung erfolgte nicht in der Form einer Note, sondern Francois-Poncet wurde von der Reichsregierung ersucht, dem Quai d'Orsay mitzuteilen, daß Deutschland auf sein Recht zur Aufstellung einschließlicher der Befestigung der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen Grenzen bestehe.

Angeht die außerordentlichen Wichtigkeit, die in Regierungskreisen der Angelegenheit beigemessen wird, hat das Außenministerium den Ratsmitglied Serriot sofort in einem Automobil nach Cherbourg geschickt, um Serriot, der heute dort eintreffen wird, den Text der Mitteilung der Berliner Botschaft zu überbringen. Die Angelegenheit wird das Thema einer Kabinettsitzung bilden, sobald Serriot in Paris eintrifft.

Eine Denkschrift.

Genf, 31. Aug. (Draht). Die Agence Havas berichtet: Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, hat dem französischen Außenministerium die Denkschrift über die Reorganisation der Reichswehr überreicht, die ihm Reichsaussenminister von Neurath gestern im Namen der Reichsregierung übergeben hat. Die Übergabe dieses Dokumentes, so heißt es in der Havasmeldung weiter, stellte die erste offizielle Demarche Deutschlands dar, eine Erweiterung des Statuts der Reichswehr zu erreichen.

Eine Erklärung des Quai d'Orsay.

Der Quai d'Orsay hat am Mittwochabend eine amtliche Erklärung zur deutschen Note herausgegeben, in der die aus England kommende Sabasmeldung bestätigt wird. In dieser Erklärung heißt es:

„Nicht zum ersten Male hat sich das Deutsche Reich für die die Reichswehr betreffenden Fragen interessiert. Im April d. J. hat Reichsminister Brüning in diesem Sinne bei Tardieu, MacDonald und Stimson einen Schritt unternommen. Im Juli d. J. ist Reichsminister v. Papen bei Serriot vorstellig geworden. Der französische Ministerpräsident erwiderte jedoch, daß er sich in jenem Augenblick auf seinen Fall mit der Frage beschäftigen wolle. Vor einigen Tagen hatte das Reich versucht, auf dem Wege über die Presse die Frage aufzurollen, um zugunsten Deutschlands zu plädieren.“

Am Dienstagabend hat nun der Reichsminister des Auswärtigen dem französischen Botschafter Francois-Poncet in Berlin eine Denkschrift in bezug auf die Verfassung der Reichswehr überreicht. Diese Denkschrift wurde heute (Mittwoch) dem Quai d'Orsay zugestellt.“

Serriot ist nicht überrascht.

An dem Schritt der Reichsregierung gegenüber dem französischen Botschafter wird aus Guernsey gemeldet, daß Ministerpräsident Serriot dem Vertreter einer Pariser Abendzeitung auf die Frage, was er von diesem deutschen Schritt halte, wörtlich folgende Antwort gegeben hat: „Die deutsche Note, deren Text mir selbst heute Abend bei meiner Landung in Cherbourg ausgehändigt

wird, hat mich nicht übermäßig überrascht. Ich werde ihm mit der größten Kaltblütigkeit gegenüberstehen, und ich bin überzeugt, daß die französische Öffentlichkeit daselbst tun wird.“

Serriot zurückgekehrt.

Genf, 31. Aug. Ministerpräsident Serriot ist heute gegen 18 Uhr in den französischen Hofsitzgewässern vor

Cherbourg angekommen. Er hat von dort aus zwei Funktelegramme, an Sir Herbert Samuel — und an den Gouverneur von Jersey, geschickt. In beiden Telegrammen brachte der Ministerpräsident seinen Dank für die warme Aufnahme zum Ausdruck, die er auf den anglonormannischen Inseln fand, und betonte, daß auf diesen Inseln seit Jahrhunderten durch Natur und Geschichte die englisch-französische Freundschaft verwirklicht sei.

Am 20 Uhr begab sich der Ministerpräsident an Bord einer Privatjacht, wo er mit einigen Freunden und Sir Austin Chamberlain das Abendessen einnahm. Gegen 23 Uhr kehrte der Ministerpräsident an Land zurück, um sich mit einem Sonderzug, der Cherbourg um 1,29 Uhr nachts verläßt, nach Paris zu begeben, wo er morgen früh gegen 7 Uhr eintreffen wird.

Um das Schicksal des Reichstages.

Ruhige Beurteilung der Lage. — Kabinettsitzung. — Um die Veröffentlichung der Wirtschaftsnote. — Papen wird vor dem Reichstag erscheinen. — Ende des Burgfriedens. — Die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten.

Notizen zur Lage.

Im ganzen ist die politische Lage heute etwas ruhiger und etwas besser übersehbar geworden. Der Sturm der Ereignisse, die sich am Dienstag um die innerpolitischen Entscheidungen entfaltete, ist verlaufen — geblieben ist eine etwas ruhigere und gemäßigtere Beurteilung auf allen Seiten. Verzeichnen wir kurz, was wesentlich ist.

Der Kanzler und die übrigen Minister sind gestern aus Gut Heudec wieder nach Berlin zurückgekehrt. Nachmittags schon fand eine Sitzung des Kabinetts statt. Herr von Papen berichtete über den Besuch in Heudec. Dazu kam die Beratung des Wirtschaftsprogramms. Der Termin für die Veröffentlichung der Note über die Wirtschaft, der ursprünglich für Samstag vorgesehen war, ist auf Montag verschoben worden, weil man in Regierungskreisen zum Samstag nicht mehr fertig werden zu können glaubt.

Was das Ergebnis der Besprechungen von Heudec anbelangt, so bestätigt sich, daß Hindenburg grundsätzlich seine Zustimmung zur Auflösung des Reichstages gegeben hat, sofern die Reichsregierung sie für notwendig halten sollte. Andere Vorkommnisse sind aber offenbar in Heudec nicht gegeben worden und vor allen Dingen kann von der Ausfertigung einer „Lanternen“-Macht zum unbeschränkten Handeln der Reichsregierung keine Rede sein. Das beweist schon eine offizielle Erklärung, daß die Reichsregierung mit dem Reichspräsidenten in Fühlung bleiben werde über die weitere politische Entwicklung und die Konsequenzen, die daraus jeweils zu ziehen sind.

Der Zeitpunkt, an dem der Reichskanzler vor dem Reichstag eine umfassende Programmrede halten wird, steht noch nicht fest. Auch über den Termin für Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten zur Festlegung des Tages der Programmrede des Kanzlers verlautet noch nichts Näheres.

Es verdient registriert zu werden, daß heute am Mittwoch der politische Burgfriede abgelaufen ist. Die Reichsregierung hat von einer Verlängerung, die ursprünglich für den Eventualfall in Aussicht genommen war, Abstand genommen. Sie konnte das, weil ja eine starke Beruhigung in der Richtung zu verzeichnen ist, daß die politischen Zusammenhänge, Terrorakte und sonstigen Ausschreitungen sehr viel seltener geworden sind. Hoffentlich setzt sich die Entwicklung in dieser Rich-

tung weiter fort, damit nicht erneutes staatliches Eingreifen notwendig wird.

Zu notieren ist weiter, daß die Bemühungen um eine Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Reichstages fortgesetzt werden. Die Erklärung des neuen Reichstagspräsidenten, daß eine große nationale Mehrheit im Reichstag zur Wahrnehmung der nationalen Interessen vorhanden sei, mag dem Herrn von Papen und seinen Kollegen wenig angenehm in den Ohren klingen. Sie hat auch in anderen Lagern einige Verwirrung hervorgerufen, beispielsweise in einigen demokratischen Zeitungsredaktionen („Vossische Zeitung“ u. a.), die das Zentrum mit Warnungen überschütteten, zu müssen glauben. Daß die Nationalsozialisten und andere Kreise alles tun, um die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nach Kräften zu stören, versteht sich von selbst. (Wir veröffentlichen hierzu weitere Einzelmeldungen auf der Seite 2 der heutigen Ausgabe). Demgegenüber sei nochmals eindeutig das Ziel des Zentrums, zitiert nach der R.V., festgestellt:

„Alle Bemühungen des Zentrums haben den alleinigen Zweck, alle notwendigen Maßnahmen sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiete auf dem verfassungsmäßigen Wege zur Durchführung zu bringen und die Gesamtentwicklung in Bahnen zu halten, die weitere Erschütterungen ausschließen.“

Preussische Verwaltungsreform am Freitag.

BDZ Berlin, 31. Aug. Wie das Nachrichtenbüro des BDZ meldet, hat eine preussische Kabinettsitzung gestern noch nicht zur endgültigen Verabschiedung der Verwaltungsreform geführt. Die Arbeiten an den Entwürfen sollen noch fortgesetzt werden, wobei auch mit erheblichen Änderungen gegen die bisher veröffentlichten Zahlen gerechnet werden könne. Insbesondere richtet sich die Opposition zunächst einheitlich einschließlich der Kreise, die der kommunistischen Regierung und dem Kabinett von Papen nahe stehen, gegen die geplant gewesene Aufhebung der Provinzialrätekollegien. Es verlautet, daß das preussische kommissarische Kabinett am Freitag sich erneut mit der Verwaltungsreform beschäftigen und den Entwurf dann verabschieden dürfte. Inzwischen sind auch die Akten und sonstigen Unterlagen über das Preussische Verwaltungsverfahren gegen die SA-Leute bei der zuständigen Stelle eingegangen und geprüft worden. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß das kommissarische Preussische Kabinett am Freitag auch über die Frage der Begnadigung der zum Tode verurteilten SA-Leute entscheidet.

Das neue Ziel!

!! 1. September 1932

Deutschlands Kampf gegen den sogenannten „Friedens“-Vertrag datiert seit dem Tage, an dem die deutschen Vertreter in Versailles unter dem unerbittlichen Zwang der Verhältnisse das Diktat der Gegner unterschreiben mußten. Schritt um Schritt hat seither die deutsche Außenpolitik mit den schwachen und wenigen Mitteln, die ihr zur Verfügung standen, versucht, eine um die andere der untragbaren Fesseln dieses Diktats abzuschütteln. Es war ein unendlich mühsamer Weg beispielsweise aus dem Spiegelssaal von Versailles bis zum Tagungsraum in Lausanne. Er findet seine Parallelen auf anderen Gebieten, auf dem der Befähigung, der Wiederherstellung der staatlichen und finanziellen Souveränität. Manches ist schon erreicht worden, und man würde der deutschen Außenpolitik, die seit 1929 nur das eine Ziel: Ein freies Deutschland kennt, bitter Unrecht tun, wollte man sagen, sie habe keine Erfolge vorzuweisen. Aber noch bleibt Manches zu tun, noch ist das Ziel nicht erreicht, und der jeweilige deutsche Außenminister der nächsten Jahre wird sich über Mangel an Betätigungsmöglichkeiten nicht zu beklagen haben.

In Lausanne wurde dank der mühevollen, außerordentlich geschickten und sorgfältigen Vorbereitung Dr. Brüning ein gewisser Abschluß erreicht. Wieder war ein Teilziel erreicht: Die Vereinigung der Reparationsfrage in einem den deutschen Unterhändlern tragbar erscheinenden Sinne. Aber noch war die Konferenz nicht zu Ende, als der deutsche Reichskanzler als der Sprecher des in außenpolitischen Fragen stets einigen deutschen Volkes weitere Forderungen anmeldete und der deutschen Außenpolitik damit neue Ziele gab: In Genf tagte gleichzeitig mit der Reparationskonferenz die Abrüstungskonferenz. Zu ihrem Beginn hatte Dr. Brüning in einer von Freund und Gegner gleich anerkannten eindrucksvollen Form den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung gestellt. Herr von Papen wiederholte diese Forderung in Lausanne erneut, und seither hat der verantwortliche Leiter der deutschen Politik, haben sein Außenminister und der Reichswehrminister in öffentlichen Reden, in Artikeln und Presse-Interviews den Anspruch auf Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage und der Frage der nationalen Sicherheit immer erneut gestellt (Wir verweisen auch auf die an anderer Stelle der heutigen Ausgabe wiedergegebenen Erklärung des Reichswehrministers zu diesem Thema). Der Anspruch besteht, das Ziel ist mit der neuerlich erfolgten deutschen Demarche in Paris gesetzt. Es wird von der Geschicklichkeit der deutschen Außenpolitik abhängen, ob und wann es erreicht wird.

Zunächst sei einmal festgestellt, was das deutsche Volk, das geschlossen hinter dieser Forderung steht, unter seinem Anspruch auf Gleichberechtigung versteht. Aus durchsichtigen Gründen wird ihm, namentlich von französischer Seite, unterstellt, es verstehe darunter die Freiheit zu rüsten, wenn die anderen Nationen — ohne weitere Sicherheitsgarantien — ihre Militär-, See- und Luftstreitkräfte nicht auf das Maß herabsetzen, auf das die deutschen Streitkräfte durch den Friedensvertrag herabgesetzt worden sind. Ohne weiteres wird daher auch behauptet, daß die von Deutschland geplanten diplomatischen Verhandlungen den Umbau des deutschen Heeres zum Gegenstand haben sollen. Es wird der Öffentlichkeit vielfach wohl absichtlich vorenthalten, daß Deutschland bei diesen Besprechungen die grundsätzliche Frage der Gleichberechtigung klären will, weil es einer allgemeinen Abrüstungskonvention nur zustimmen kann, wenn sie allgemeine gültige Regeln aufstellt, d. h. wenn für alle Unterzeichner die gleichen Methoden der Abrüstung vorgehoben werden, und das selbe Recht auf Sicherheit zugrunde gelegt wird. Die Gleichberechtigung ist, so schrieb die „Germania“ vor einigen Tagen, den Kern der Dinge treffend, das absolute Primäre. Die Umorganisation des deut-

schon Heeres ist das Sekundäre und ist abhängig davon, welche Regelung die Frage der Gleichberechtigung und die Frage der allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen findet. Das bedeutet, daß eine Umorganisation der deutschen Wehrmacht dann eintreten müßte, wenn die Methoden, nach denen Deutschland abgerüstet hat, als nicht für alle anwendbar befunden würden, weil schließlich nur der Grundsatz gelten kann, daß das, was dem einen verboten ist, allen verboten sein muß, und was dem einen erlaubt ist, allen erlaubt sein muß.

Denn sowohl mit der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung auf Grund des Art. 8 der Völkervereinbarung als auch mit der Einleitung zu dem Entwurfungsstück des Versailler Vertrags wäre es unvereinbar, wenn die anderen Mächte ganz anders und weit weniger wirksame Maßnahmen auf dem Gebiete der Abrüstung unter sich vereinbarten, von Deutschland aber verlangen würden, daß es seine Abrüstungsmaßnahmen aufrechterhält.

Wenn also von französischer Seite das juristische Recht der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung bestritten wird, so könnte man eigentlich erkaunt sein, daß für Frankreich die Vertragszitate, auf die es in anderen Fällen doch so stark pocht, in diesem bestimmten Fall offenbar weniger Kurswert besitzen.

Deutschland kann seinen Anspruch auf Gleichberechtigung auf ein rein formelles und auf ein starkes moralisches Recht gründen. Der Völkerbund, dem die Aufgabe, die in Versailles nicht gelang, nach dem klaren Wortlaut seiner Satzungen zu lösen oblag, hat bis heute verlagert; die von ihm einberufene Abrüstungskonferenz hat bisher nicht den Glauben in uns zu wecken vermocht, daß sie zu einem für Deutschland annehmbaren Ziele kommen wird. Aus diesen Tatsachen leitet Deutschland mit guten Gründen das Recht her, die nationale Sicherheit auf nationalem Wege herzustellen, weil der internationale Weg nicht zum Ziele geführt hat. Diese Formulierung, die Herr von Schleicher in dem an anderer Stelle dieser Ausgabe wiedergegebenen Interview mit dem Berliner Vertreter des Reichs der Carlino anwandte, wird auf der Gegenseite in vollem Umfange anerkannt werden müssen.

Mit dem neuerlichen diplomatischen Schritt Deutschlands in Paris, über den gleichfalls in der heutigen Ausgabe dieser Zeitung berichtet wird, ist der Kampf um die Gleichberechtigung nun in ein entscheidendes Stadium getreten. Deutschland hat für diesen Kampf die Stellung bezogen, die ihm im Versailler Vertrag und in der Völkervereinbarung gegeben wurde. Das ist eine starke Stellung und die Reichsregierung, gestützt durch das ganze deutsche Volk, hat recht daran, zu diesem Ausgangspunkt für die ganze Frage zurückzukehren, um das Problem der deutschen Gleichberechtigung in die richtige und rechtlich vorgezeichnete Linie zu rücken, in der sie nichts anderes darstellt als die berechnete Forderung Deutschlands, in vollkommen gleichberechtigter Weise an der Organisation eines Friedens mitzuarbeiten, dessen wesentliches konstruktives Element die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen sein sollte. Die Anerkennung der Gleichberechtigung aller Staaten ist hierbei die unbedingte und selbstverständliche Voraussetzung, die nicht durch politische Konzeptionen erkaunt zu werden braucht oder erkaunt werden kann. Nur bei anerkannter Gleichberechtigung für alle sind die Voraussetzungen geschaffen, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit für die weiteren notwendigen Aufgaben einer Organisation des Weltfriedens auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens überhaupt erst ermöglichen.

Wie sehr sich übrigens diese Erkenntnis bereits durchgesetzt hat, beweist namentlich die Politik Amerikas und Italiens, deren verantwortliche Leiter nicht müde werden, die Welt immer wieder auf die Unmöglichkeit hinzuweisen, einen dauernden Frieden herbeizuführen, solange nicht das mindeste Recht der 1918 besiegten Völker in gleiches Recht für alle umgewandelt ist. Deutschland befindet sich also in seinem Kampfe nicht allein. Und mag man sich in Paris noch so sehr sträuben, das Recht, zuerst im Versailler Vertrag verankert, wird sich doch durchsetzen!

Die Abrüstungsfrage.

Wien, 31. Aug. Reichswehrminister von Schleicher hat dem Berliner Vertreter des Reichs der Carlino eine Unterredung gewährt. Auf die Frage, welches die grundsätzlichen Wünsche und Forderungen Deutschlands in der Abrüstungsfrage seien, erwiderte der Minister, Deutschland wünsche nach wie vor die allgemeine entschiedene und schnelle Abrüstung. In diesem Wunsch treffe sich Deutschland mit Italien.

Je weiter die Erfüllung des deutschen Wunsches nach allgemeiner Abrüstung aufgeschoben werde, um so nachdrücklicher

müsse Deutschland die Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung fordern. Was hätte Deutschland in einem Völkerbund zu suchen, der es unter ein entwürdigendes Sonderrecht stelle? Ein großes Volk, dessen Selbstbestimmungsrecht auf der Grundlage der Kriegsschuldfrage in den wichtigsten staatlichen Funktionen in unerträglicher Weise beschränkt worden sei, könne nicht zur Ruhe kommen. Vellagenswerte Erscheinungen im inneren Leben Deutschlands seien zum großen Teil die natürliche Folge der Fortdauer der Diskriminationen des Friedensbittlers. Deutschland beanspruche in bezug auf die Wehrverfassung, die Organisation und Einteilung seiner Streitkräfte, die Ausstattung mit Waffen, die Landesbesetzung und die Waffenherstellung grundsätzlich die gleichen Rechte, welche die anderen Staaten für sich in Anspruch nähmen. Wenn die anderen Mächte das deutsche Wehrsystem nicht nachahmen wollten, wie es im Sinne ihrer Abrüstungsversprechungen liege, dann müßten sie Deutschland den Umbau seiner Wehrmacht nach den Methoden zubilligen, die sie selbst als unerlässlich für ihre nationale Sicherheit bezeichnen.

Auf die Frage, welche Folgerungen die deutsche Regierung aus einer Ablehnung ihrer Gleichberechtigungsforderung ziehen wolle, entgegnete der Minister: Sie wird sich dann an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht mehr beteiligen. Was diese Nichtbeteiligung für die Existenz des Völkerbundes bedeutet, liegt auf der Hand. Die deutsche Regierung wird darüber hinaus durch den Bruch der Abrüstungsversprechen durch ihre Vertragspartner gezwungen sein, die nationale

Sicherheit auf nationalem Wege herzustellen, wenn es auf dem internationalen nicht möglich war.

Serriols Zusammenkunft mit Sir Herbert Samuel

Wien, 31. Aug. Press Association erklärt zu dem gemeinsamen Aufenthalt Serriols und des englischen Ministers Sir Herbert Samuel auf den Kanarischen Inseln, es unterliege keinem Zweifel, daß die Unterhaltungen der beiden Staatsmänner durchaus persönlichen und privaten Charakter getragen hätten, was auch die offizielle Lesart besage. Trotzdem sei der persönliche Kontakt der beiden Minister von großem Wert gewesen. Unterstrichen wird diese Auffassung noch durch eine Erklärung Serriols selbst, der entschieden in Abrede stellte, daß seine Zusammenkunft mit Sir Herbert Samuel politische Bedeutung habe sowie eine autoritative Erklärung von englischer Seite, die den Besuch dahin charakterisiert, daß er rein freundschaftlich und ohne politischen Zusammenhang sei. Er stehe in keinem Zusammenhang mit der Frage der Zolltarife, über die keinerlei Erörterungen stattgefunden hätten. (Von „Politik“ ist also, wenn man diesen Verlautbarungen glauben soll, gar keine Rede gewesen. Schön, aber uns fehlt dieser Glaube. Es müßten sonderbare Politiker sein, die wenn sie einige Tage zusammen verbringen, nicht auch die Probleme erörtern, die ihre Lebensarbeit bilden und die die Interessen ihrer Länder berühren. Von Serriol nehmen wir nicht an, daß er ein solch sonderbarer Politiker ist; und von dem Engländer mal sicher nicht!)

Nachklänge zur Reichstagsübung.

Sindenburg antwortet auf Görings Ersuchen um Empfang des Reichstagspräsidiums. — Interessante Vorgänge, die sich „am Rande“ abspielen.

Präsidentenbesprechung im Reichstag.

Wien, 31. Aug. Wie das Nachrichtenbüro des Reichstags hört, hat Präsident Goering daraufhin sofort eine Besprechung des Reichspräsidenten einberufen, die in den frühen Nachmittagsstunden im Reichstag stattfand. Das Präsidium nahm Kenntnis von dem Antworttelegramm des Reichspräsidenten, das folgenden Wortlaut hat:

Für die Mitteilung von der Wahl des Reichstagspräsidiums sage ich Ihnen besten Dank, ebenso für die mir kundgegebene Absicht des neugewählten Präsidiums, sich bereits jetzt und hier mir vorzustellen. Da ich im Laufe der nächsten Woche nach Berlin zurückkehren gedenke, bitte ich Sie und die Herren Vizepräsidenten, von einer Fahrt hierher Abstand zu nehmen u. den geplanten Besuch bei mir im Laufe der nächsten Woche in Berlin abzusatteln. Den Zeitpunkt hierfür werde ich Ihnen dort angeben. Einstweilen spreche ich Ihnen und den Herren Vizepräsidenten auf diesem Wege meine guten Wünsche für Ihre Geschäftsführung aus.

gez. von Sindenburg, Reichspräsident.

Wie das Nachrichtenbüro des Reichstags erfährt, glaubte das Reichstagspräsidium aus der freundlichen Fassung der Antwort, die alle

Möglichkeiten offen läßt, die Geneigtheit des Reichspräsidenten entgegennehmen zu können, vor weiteren Entschlüssen dem Präsidium die Möglichkeit zu geben, über die neue Lage Vortrag halten zu dürfen. Man nimmt an, daß dies noch vor der für Donnerstag nächster Woche in Aussicht genommenen zweiten Plenarsitzung des Reichstages der Fall sein wird und hofft, daß es gelingen wird, den Reichspräsidenten doch noch von dem Vorhandensein eines arbeitsfähigen Reichstags zu überzeugen.

Die Einmütigkeit der preußischen Zentrumsfraktion.

Wien, 31. Aug. Ueber den Verlauf einer heutigen Sitzung der Zentrumsfraktion des preußischen Landtags wird dem Nachrichtenbüro des Reichstags aus Zentrumskreisen erklärt, daß man sich eingehend mit der gegenwärtigen politischen Situation im Reich und in Preußen beschäftigt habe. Die Zentrumsfraktion stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die jetzt in Preußen durch den Reichstagskommissar geschaffenen Zustände verfassungswidrig seien. Sie sei daher einmütig der Auffassung, daß alles geschehen müsse, um möglichst bald verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen und habe den Fraktionsvorstand beauftragt, in diesem Sinne



Das neue Reichstagspräsidium.

Von links nach rechts: Abg. Dr. G. Graef (zweiter Vizepräsident), der nationalsozialistische Abgeordnete Göring (Präsident), der Zentrumsabg. Esser (er-

ster Vizepräsident) und der Abg. R. von der Bayerischen Volkspartei (dritter Vizepräsident).

Der Reichswehrminister erkrankt.

Wien, 31. Aug. (Dr. Hb.) Wie wir erfahren, leidet Reichswehrminister v. Schleicher an einer Erkrankung der Gallenblase. Der Reichswehrminister wird deshalb morgen eine kurze Erholungsreise antreten.

tätig zu sein. Soweit die offizielle Mitteilung.

In parlamentarischen Kreisen wird erwartet, daß unter dem Wunsch der Zentrumsfraktion auf baldige Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände lebhaft verstanden werden könne, daß das Zentrum auf baldiger Schaffung einer auf die Landtagsmehrheit gestützten Koalitionsregierung besteht. Da die Nationalsozialisten im Landtagsplenum durch ihren Fraktionsführer Rube gleichfalls die baldige Herstellung verfassungsmäßiger Zustände gefordert hatten, könne man die Vermutung aussprechen, daß es zur Wahl des Ministerpräsidenten bereits früher kommen werde, als am 21. September, dem Tage, an dem nach den bisherigen Dispositionen der Landtag wieder zusammentreten soll.

Ein Brief Dr. Brünnings.

Berlin, 31. Aug. Zu denen, die auf Grund irreführender Meldungen zu irrigen Auffassungen über den Charakter der Besprechung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten gekommen sind, gehört sicher auch Herr Dr. K. H. B. a. d. h., der häufigsten seines Rufes und seiner vorurteilsfreien Gesinnung abgelegt hat. Er hat jetzt in der Deutschen Allgemeinen Zeitung an dem früheren Reichsminister Dr. Brüning einen offenen Brief gerichtet, in dem er die ganz falsche Frage „Hitler oder Hindenburg?“ stellt und Brüning den völlig unberechtigten Vorwurf macht, er wolle mit Hitler einen Kampf gegen den Reichspräsidenten vorbereiten. Daraufhin hat Brüning an Dr. K. H. B. a. d. h. folgenden Antwortbrief geschrieben:

Ich erhielt Ihren Brief, nachdem ich ihn bereits in der D. A. Z. gelesen hatte. Ich bedauere aufrichtig, daß Sie diesen Brief auf Grund von falschen Nachrichten veröffentlicht haben.

Seit Wochen bin ich von Persönlichkeiten, die nicht meiner Partei angehören, gebeten worden, eine Aussprache mit nationalsozialistischen Führern nicht abzulehnen. Ich habe mich zu einer solchen Aussprache nicht entschließen können, solange Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und der Regierung schwebten, um diese Verhandlungen nicht zu stören. Nachdem aber, wie von einflussreichen Politikern gleich bei der Auflösung des Reichstages klar vorausgesehen wurde, die Regierung nachträglich zu einer Einigung mit der Nationalsozialistischen Partei nicht gekommen ist, habe ich auf erneute Bitten patriotisch denkender Männer, die mit Parteizwecken nichts zu tun haben, mich zu einer Fühlungnahme bereit erklärt.

Diese Aussprache sollte der Feststellung dienen, ob überhaupt eine Möglichkeit zur Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung vorhanden sei. Das zu versuchen, war für mich auch Gewissenspflicht. Heute wie früher fühle ich mich all denen gegenüber, die dem Reichspräsidenten gewählt haben, verpflichtet, alles daran zu setzen, die Autorität des Herrn Reichspräsidenten zu festigen und das Verbot eines nicht verfassungsmäßigen Weges abzuwenden. Sie werden daraus erkennen, daß keine Spur von Bitterkeit mein Handeln bestimmte, sondern die Sorge um das Vaterland.

In der Beurteilung der Deutschen Vorgänge stimme ich mit Ihnen völlig überein, ebenso wie in der Beurteilung der Äußerungen des Herrn Hitler zu diesen Vorfällen. Wenn Sie trotzdem Bedenken äußern, daß ich eine Aussprache mit Führern der Nationalsozialistischen Partei gehabt habe, so werden Sie inzwischen aus der Zeitung entnommen haben, daß auch die Reichsregierung nach diesen Äußerungen des Herrn Hitler es nicht ablehnte, mit ihm zu verhandeln.

Im übrigen beschränkt sich meine Tätigkeit in dieser Frage auf diese Aussprache. Die Verhandlungen selbst liegen bei den Persönlichkeiten der Zentrumsfraktion, die ausschließlich für solche Verhandlungen vom Parteivorstand ernannt sind.

In ausgezeichneter Hochachtung
Dr. Brüning, D. A. Z.

Der Völkische Beobachter zur Eröffnungssitzung des Reichstages.

Wien, 31. Aug. (Eig. Meld.) Der Völkische Beobachter nennt die gefürchte Eröffnungssitzung des Reichstags einen „großen Tag“. Dem gestern sei der gesamte Marxismus aus einer seiner festen Stellungen hinausgeworfen worden und seit 1919 habe Deutschland zum erstenmal ein marxistenreines Präsidium im Reichstage. Die NSDAP habe erneut die politische Schlüsselstellung erobert und werde sie zu gebrauchen wissen. Das Blatt fordert den Reichspräsidenten, das Mandat zu übernehmen.

Deutschland und der Völkerbund.

Genf, 31. Aug. United Press meldet: Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hat durch ein Schreiben an die deutsche Regierung die Annahme des Vertrages von 538 731 Reichsmark verweigert, die die Reichsregierung als Rate für Deutschlands Jahreszahlung an den Völkerbund bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft zur Verfügung des Völkerbundes deponiert hatte. Wie erklärt wird, ist die Ablehnung erfolgt, weil das Berliner Auswärtige Amt der Bank Auftrag gegeben hatte, dem Völkerbund die Abhebung der Summe nur dann zu gestatten, wenn sie zur Zahlung für Waren dienen sollten, die von deutschen Firmen gekauft worden wären. Sowohl die Deutsche Bank wie auch der deutsche Generalkonsul in Genf hätten dem Völkerbund mitgeteilt, daß der Betrag nur unter der Bedingung zur Verfügung stünde, daß der Völkerbund ihn in Deutschland ausbehalte.

Bildung der Reichstags-Ausschüsse.

DDJ, Berlin, 31. Aug. Entgegen den ursprünglichen Absichten haben sich heute noch nicht alle Reichstagsausschüsse konstituiert, sondern entsprechend dem Entschluß des Ältestenrats nur die vier wichtigsten Ausschüsse: der Ueberwachungsausschuß, der Auswärtige Ausschuß, der Haushaltsauschuß und der Geschäftsordnungsausschuß.

Im Ausschuß für Wahrung der Rechte der Volksovertretung hat den Vorsitz der bisherige Reichstagspräsident Loh, Stellvertreter ist der nationalsozialistische Abgeordnete Oberlindober. In diesem Ausschuß verfügen die Nationalsozialisten über elf, die Sozialdemokraten über sechs, die Kommunisten über vier, das Zentrum über vier, die Deutschnationalen über zwei und die Bayerische Volkspartei über einen Sitz.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags hat der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frick wie im alten Reichstag den Vorsitz. Auch sein Stellvertreter ist wieder der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann. Auch hier haben die Nationalsozialisten elf Sitze, die Sozialdemokraten sieben, die Kommunisten vier, das Zentrum drei, die Deutschnationalen zwei und die Bayerische Volkspartei einen Sitz.

Im Geschäftsordnungsausschuß hat Dr. Bell (Z.) den Vorsitz.

Im Haushaltsauschuß führt der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt den Vorsitz; sein Stellvertreter ist der frühere Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Heimann (S.). Eine längere Geschäftsordnungssprache entspannt sich über die Frage der Befragung der Unterausschüsse des Haushaltsauschusses, für welche die Nationalsozialisten nach ihrer Stärke je vier Sitze verlangen. Der Ausschuß beschloß aber es bei der bisherigen Regelung zu belassen, wonach Fraktionen mit mehr als 100 Mitgliedern in den Unterausschüssen nur durch zwei Abgeordnete vertreten sind.

Gogar die Fahne ärgert sie!

Der Vorsitzende der deutschen nationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberlindober, hat im Namen der deutschnationalen Reichstagsfraktion an den Reichstagspräsidenten Göring ein Schreiben gerichtet, in dem er bittet, die in der Wandelhalle des Reichstags hinter dem Standbild Kaiser Wilhelm I. auf Anordnung des früheren Reichspräsidenten des Reichstags angebrachte schwarz-rote Fahne zu entfernen zu lassen. (Das sind nun deren wichtigste Sorgen! Bei der Eröffnungssitzung des Reichstages demonstrierten sie gegen Clara Zetkin, jetzt steht ihnen die Reichslage unangenehm in die Augen — wir haben ja auch keine besseren Aufgaben für Volksovertreter in Deutschland!)

Abgelehnt!

Berlin, 31. Aug. Reichstagspräsident Göring hat erfreulicherweise das Ansinnen der Deutschnationalen rundweg abgelehnt und den Deutschnationalen dazu noch die Belehrung erteilt, daß diese Fahne auch im Jahre 1924 an ihrem Platz gelassen worden sei, als kein anderer als der deutschnationale Abg. Wallraf Präsident des Reichstags war.

Schiffszusammenstoß.

DDJ Tokio, 31. Aug. (Drahtb.) An der Küste der nordjapanischen Insel Hokkaido sind zwei japanische Dampfer zusammengefahren. Der Dampfer „Kumamatsu“ sank innerhalb weniger Minuten, 17 Mitglieder der Besatzung ertranken, sieben wurden gerettet.

Austakt zum Katholikentag.

Es sen in Erwartung der Besucher. — Christus in der Großstadt. — Gewaltige Kundgebungen der Kinder und Eltern. — Wien die Stadt des nächsten Katholikentages?

Essen, 21. Aug. Schon am heutigen Tage trugen die Straßen Essens das prachtvolle farbenfrohe Bild einer zu einem großen Festtag gerüsteten Stadt. Überall, an den Bahnhöfen, den öffentlichen Gebäuden, an Gaststätten und in allen Straßen prangte reicher Flaggenzschmuck. Der Verkehr und besonders der Zustrom der auswärtigen Besucher steigert sich von Stunde zu Stunde. Das ganze Leben und Treiben in den Hauptstraßen Essens steht vollkommen im Zeichen des Katholikentages. Nichts mehr ist zu sehen von dem kühlen Bild, das dieser Teil der Großstadt dem Besucher sonst bietet. Alles ist in freudiger Erregung und Erwartung. Aus allen Teilen Deutschlands sind die Besucher herbeigeeilt, was man aus den vielen Dialekten entnehmen kann. Alle Besucher tragen das Festabzeichen, die Bronzemedaille mit dem Kreuz und dem Christuszeichen. Imponierend dieser gewaltige Aufmarsch des deutschen Katholizismus.

Die Tagung des Zentralkomitees.

Unter dem Vorsitz des Fürsten Löwenstein tagte morgens das Zentralkomitee im Hotel Kaiserhof. Herr Oberstudienrat Dr. Fischer, der Vorsitzende des Lokalkomitees, berichtete zunächst über die Vorbereitungsarbeiten, die in Essen seit Monaten getroffen worden seien. Er dankte der Stadtverwaltung für ihr Entgegenkommen. Ebenfalls lobte er die Vorbereitungen des Polizeipräsidiums, die die reibungslose Abwicklung des für den Sonntag zu erwartenden Massenverkehrs gewährleisten sollen. Er konnte mit Stolz sagen: „Wir sind gerüstet“. Die Allgemeine Auffassung des Zentralkomitees war, daß der Aufzug des diesjährigen Katholikentages kaum noch übertroffen werden könne. Um aber auch im nächsten Jahre den Katholikentag in ähnlich imposantem Ausmaß veranstalten zu können, will man als Tagungsort die Stadt Wien festlegen. In dieser Generalversammlung der deutschen Katholiken könnten dann auch die deutschsprachigen Schweizer und die Sudetendeutschen teilnehmen. Falls der künftige Erzbischof von Wien, bei dem die Entscheidung liegt, ablehnen würde, soll eine ostdeutsche Stadt Tagungsort werden. Am Donnerstag, morgens 10 Uhr wird der Kölner Erzbischof Kardinal Schulte empfangen. Am Nachmittag folgt dann der Empfang des apostolischen Nuntius. Es wurden heute schon die Ausstellungen des Bonifatiusvereins, der Petrus-Claver-Sodalität und der Zentrale des Missionsvereins Katholischer Frauen und Jungfrauen. Es folgte das Bekenntnis der Kinder. Zu dieser ersten Veranstaltung, die im Zusammenhang mit dem Leitthema des Katholikentages stand

hatten sich viele Tausend Kinder eingefunden, die auf dem großen Burgplatz vor der Münsterkirche Bekenntnis für Christus ablegten.

Die Kundgebung der Eltern.

Um 18 Uhr begann in der Halle 5 die Generalversammlung der katholischen Schulorganisation, die mit einer großen Kundgebung der katholischen Elternschaft verbunden war. Der große Raum war fast voll besetzt. Der Kinderchor unter Oberborsbeds Leitung leitete die Veranstaltung mit prächtig gesungenen Liedern ein. Der Erste Präsident der Organisation, der frühere Reichsfunkler Dr. Marx, begrüßte die Versammlung. Unter den Ehrengästen waren u. a. Dompropst Dr. Rachen-Köln als Vertreter des Kardinalbischofs Dr. Schulte, Bischof Dr. Wiltz, Vornung von Osnabrück, Alois Fürst zu Löwenstein, der Präsident des Zentralkomitees, ferner Vertreter geistlicher und weltlicher Behörden erschienen. Dr. Marx betonte in seiner Ansprache mit Nachdruck die Forderung der katholischen Elternschaft: Katholische Schulen für katholische Kinder, Erziehung der Jugend im Geiste christlich-katholischer Grundsätze. Er dankte der Lehrerschaft für ihre in diesem Sinne geleistete unermüdete Arbeit und freiste kurz die Frage des Reichsschulgesetzes. Vielleicht sei niemals die Gefahr des Staatsabsolutismus und des staatlichen Schulmonopols so groß gewesen wie in diesen Tagen. Darum heiße es, doppelt wachsam sein. Unter starkem Beifall erklärte der Redner im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, daß die deutschen Katholiken sich an nationaler Gesinnung und Opferbereitschaft von niemandem übertreffen ließen. Nach weiteren Gefängen der Kinder nahm der Bischof von Osnabrück Dr. Wilhelm Vornung das Wort zu einem Vortrag über die Elternpflichten in der Erziehungsnot unserer Tage. In berebten Worten schilderte er die Schönheit und Reinheit der Kinderseele, wies darauf hin, daß die Kinder ein vor Gott unvertrautes Pfand seien und kennzeichnete vom Standpunkt der katholischen Lehre aus die Pflichten der Eltern auf dem Gebiete der Erziehung, die heute in Zeiten schlimmster Not doppelt ernst genommen werden müssen. Warme Worte fand der Redner für die schweren wirtschaftlichen Sorgen, mit denen heute die meisten Eltern zu kämpfen haben und redete allen ins Gewissen, nach Kräften die Not in den Familien lindern zu helfen.

Um 20 Uhr fand in den Ausstellungshallen eine große Kundgebung der gesamten Jungfrauenorganisationen statt, während die katholischen Jungmänner sich in der Raupenhöhe sammelten.

Tendenzumschwung am Weltmarkt?

Ein interessanter Bericht des Instituts für Konjunkturforschung. — Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur Ende August 1932. — Das Krisentief erreicht?

Neue Hoffnungen?

Berlin, 31. Aug. Das Institut für Konjunkturforschung faßt auf Grund seiner Untersuchungen sein Urteil über die Weltkonjunktur Ende August 1932 folgendermaßen zusammen:

Obgleich Produktion und Beschäftigung noch weiter schrumpfen, treten auf der Geldseite der Wirtschaft erstmalig in breiter Front Anzeichen zu einem Tendenzumschwung hervor. Die Weltmarktpreise ziehen fast allgemein an. Auch die Großhandelspreise der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben seit Jahresmitte steigende Tendenz. Die Rohstoffvorräte nehmen im ganzen nicht mehr zu. Der Rückgang des Welthandels hat sich verlangsamt; der Mengenumfang dürfte sogar stabil geblieben sein. Die Milderung der Vertrauenskrise und der fortschreitende Entschuldigungsprozeß der Banken hat die Flüssigkeit der Geldmärkte so weit erhöht, daß jetzt Mittel auch auf den Kapitalmarkt überfließen. Ausdrück hierfür ist die Haufe an den Renten- und Aktienmärkten. In den beiden angelsächsischen Ländern ist der Entspannungprozeß bereits so weit vorgeschritten, daß gewisse Rückwirkungen auf die bisher noch stark schrumpfende Produktionswirtschaft in absehbarer Zeit wahrnehmbar sind. In den vorläufigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Staatsfinanznöten nie dergelassenen Schuldnerländern Europas ist die Entlastung noch so gering, daß entscheidende Besserungstendenzen nicht zu erwarten sind. Dennoch dürfte die Weltwirtschaft

als Ganzes sich nunmehr anstellen, das Krisentief zu überwinden.

Ueber die Konjunktur in Deutschland wird ausgeführt: Unter dem Einfluß der internationalen Vorgänge hat sich das Bild der Effekten- und Warenmärkte auch in Deutschland grundsätzlich gewandelt: Effektenumfänge und Effektenkurse sind gestiegen, die reagiblen Warenpreise haben ihren Rückgang unterbrochen. An der restriktiven Wirkung der Kredit- und Preis-lage ist wenig geändert. Auf der Güterseite der Wirtschaft bleiben denn auch die Rückgangstendenzen vorherrschend. Produktion, Beschäftigung und Warenumfänge verharrten in ihrer konjunkturellen Abwärtsbewegung. Das Tempo des Rückgangs war aber zum Teil erheblich verlangsamt. Die Voraussetzungen für einen durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung nach den Regeln der alten Konjunkturautomatik sind, obwohl in Teilen der Weltwirtschaft in greifbare Nähe gerückt, für Deutschland noch immer nicht gegeben. Denn eine Erhöhung der Investitionstätigkeit aus privater Initiative kann unter den derzeitigen Umständen nicht erwartet werden, und der Absatz an Verbrauchsgütern und Ausfuhrwaren wird wegen schrumpfenden Volkseinkommens und vermindelter internationaler Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eher abnehmen. Wenn die Wirtschaft sich selbst überlassen bleibt, kann vorerst nicht mehr als günstigstenfalls ein allmählicher Auslauf der Rückgänge in Absatz, Produktion und Beschäftigung erwartet werden.

Abschluß

der internationalen Christkönig-Tagung.

DNB Berlin, 31. Aug. (Eig. Meib.) Die Schlußtagung der internationalen Christkönig-Tagung wurde heute hier abgehalten. Professor Bettiol von der katholischen Universität in Mailand sprach über die Erfolge der katholischen Aktion in Italien. — Konfiskationsrat Kalan (Lai-bach) stellte den Antrag, die Katholiken aller Länder aufzufordern, von jetzt ab jedes Jahr einen internationalen Katholikentag abzuhalten, um eine internationale Front zur Abwehr der Gottlosenbewegung herzustellen. Es wurde die Bildung eines ständigen Komitees für internationale Katholikentage beschlossen.

Generalvikar Dr. Steinmann richtete in einer Schlußansprache an die anwesenden Vertreter der verschiedenen Länder die Bitte, dem Mißtrauen entgegenzutreten, dem auch heute noch die deutschen Katholiken selbst in katholischen Ländern begegnen.

Zolltarifänderungen.

Berlin, 31. Aug. Im Reichsgesetzblatt Nr. 56 ist eine Verordnung über Zolländerungen veröffentlicht worden. Darin werden neben den bereits bekannten landwirtschaftlichen Zöllen auch Zolltarifveränderungen für eine Anzahl industrieller Waren bestimmt. Die vorgesehenen Zollerhöhungen haben sich zum Schutze einzelner Industriezweige als notwendig erwiesen, die durch die Verdrängung der deutschen Waren von den Auslandsmärkten und die zunehmende Steigerung der Einfuhr nach Deutschland, die zum Teil auf die veränderten Verhältnisse zurückzuführen ist, in besonders starkem Maße betroffen sind.

Verhandlungen über Diskontierung.

Berlin, 31. Aug. Wie wir zuverlässig hören, sind mit den Verhandlungspartnern des Young-Planes und der B.Z.B. Verhandlungen eingeleitet mit dem Ziele, die Zustimmung dieser Gremien zu einer Diskontierung von 5 auf 4 Prozent zu erhalten. Die Verhandlungen sind bisher günstig verlaufen und man nimmt an, daß die Diskontierung spätestens Mitte September durchgeführt wird.

Im Deutschlands Zinfenlast.

Wir veröffentlichten gestern eine Notiz, nachdem die amerikanischen Bankläufer Deutschlands den Zinsfuß für 200 Millionen von insgesamt 400 Millionen Dollar kurzfristige Kredite von 6 auf 5 Prozent herabgesetzt haben, daß man sich auch im übrigen Ausland mit der Frage der deutschen Zinszahlungen und ihre untragbaren Höhe befaßt, beweist eine Artikelserie in dem englischen Finanzblatt, der „Financial Times“, in dem sich der Finanzredakteur Barret über die deutsche Auslandsverschuldung äußert. Barret hat sich längere Zeit in Deutschland aufgehalten, wo er Unterredungen mit Ministern, hohen Beamten und dem Reichsbankpräsidenten hatte.

In seinem ersten Artikel erklärt Barret nachdrücklich, daß Deutschland unter den gegenwärtigen Bedingungen vollkommen außerstande sei, seine kommerziellen Auslandschulden zurückzahlen. Die Schuld hierfür liege nicht bei Deutschland, das die jetzige kritische Wirtschaftslage, die in der ganzen Weltgeschichte einzig dastünde, nicht habe voraussehen können. Abgesehen davon, daß Deutschland die Anleihen unter dem Druck der Reparationen aufnehmen mußte, sei deren Aufnahme eine wesentliche Erhöhung der Goldpreise eingetreten, so daß die Verschuldung, in Gütern gemessen, bedeutend gestiegen sei.

Deutschland braucht Aufträge.

London, 31. Aug. In seinem heutigen zweiten Aufsatz über die Wirtschaftslage Deutschlands berichtet der Chefredakteur der Financial Times den Inhalt einer Unterredung mit Direktor Hans Kraemer vom Reichsverband der deutschen Industrie, in der sich dieser nicht sehr hoffnungsvoll bezüglich der Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz geäußert habe. Direktor Kraemer habe u. a. gesagt, England habe durch die Aufgabe des Goldstandards und durch die Annahme einer Schutzpolitik einen der wichtigsten Teile des Wirtschaftssystems entfernt. Bevor das Pfund Sterling auf der Goldbasis stabilisiert sei, was nicht notwendigerweise bedeute, daß es auf Paritätsniveau stabilisiert werden müsse, könne keine internationale Konferenz helfen. Wenn England nicht spätestens im April nächsten Jahres den Goldstandard wieder übernehme, werde es übrigens die Vorteile einbüßen, die die Aufhebung des Goldstandards mit sich brächte. Kraemer habe geschlossen: „Wir Deutsche brauchen nicht Geld, sondern Weltkriege.“

Aus Westdeutschland.

Kölner Chronik.

Eine nette Bauparasse.

Wp Köln, 31. August. Ein reichlich seltsames Geschäftsgebahren zeigte die Rheinland A.G., Bauparasse Köln, Reichmannsbau, gegen die ein Sparer, der sich betrogen glaubte, gestern Anzeige erstattete. Die Bauparasse war im März 1931 von einem Doktor aus Köln und einem Kaufmann gegründet worden mit einem angeblichen Aktienkapital von 100 000 R.M. Später kam dann ein zweiter Kaufmann hinzu, der sich mit 40 000 R.M. beteiligte und tatsächlich auch 10 000 R.M. einzahlte. Dieses Triumvirat bildete dann den Vorstand. Vorsitzender des Aufsichtsrates wurde ein Rechtsanwalt aus Aachen. Es dauerte nicht lange, so wurde der Doktor wegen Unregelmäßigkeiten an die Luft gesetzt. Der erste Kaufmann folgte ihm bald darauf, sodas der später Hinzugekommene nun, und auch heute noch, den Vorstand repräsentiert. Die Revision ergab, daß der Doktor die 10 000 R.M. auf sein persönliches Konto gebucht hatte, das heute noch einen Saldo von 1,92 R.M. aufweist. Außerdem bezogen die beiden ersten Gründer je 1250 R.M. Monatsgehalt; 5000 R.M. wurden für Provision in einem Jahre gebucht; weitere große Summen wurden für Speise usw. ausgegeben. Die meisten Mitglieder stehen nur auf dem Papier, Zahlungen leisten nur noch hundert. Die eingezahlten Spargelder dürften sich bis Ende Juni auf 28 200 R.M. belaufen haben und sind restlos verwirbelt, da kein roter Pfennig mehr vorhanden ist. U. a. erhielt der an erster Stelle eingetretene Kaufmann 2500 R.M. Zuschuß aus den erwähnten eingezahlten 10 000 R.M.; über 2000 R.M. fehlen sämtliche Belege, der Rest segelt unter „Organisation usw.“. Keine einzige Zuteilung von Bausparung ist erfolgt, obwohl mit mehreren Sparern feste Zuteilungstermine vereinbart waren, was übrigens vom Reichsaufsichtsrat verboten ist. Die Gehälter der fünf Angestellten und 18 Vertreter sind seit Monaten rückständig und werden aus den jeweils eingehenden Sparraten mit 10 R.M. nachgezahlt. Versicherungsmarken wurden prinzipiell nicht gestellt. — Über diese fahrbare Firma hat das Reichsaufsichtsrat am 19. August die Liquidation beschlossen. — Remmentar überflüssig.

In der Gefängniszelle plötzlich gestorben.

Wp Köln, 31. August. Vorgestern wurde ein Mann, der wegen Bagatelldelikt eingekerkert worden war, in seiner Gefängniszelle tot aufgefunden. Man hatte bei dem Festgenommenen bereits vorher Mordgedanken festgestellt. Was dann zu seinem Tode geführt hat, wird erst die Obduktion der Leiche ergeben. Es handelte sich um einen aus Preußen Ausgewiesenen.

Revolver macht böses Blut.

Wp Köln, 31. August. Wie die Polizei mitteilt, kam es gestern mittag auf dem Ursulaplatz zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Schriftsteller einer auswärtigen Zeitung und einem Straßenhändler. Der Schriftsteller fühlte sich angeblich bedroht und zog eine Pistole. Er wurde darauf von Beobachtern des Zwischenfalls tätlich angegriffen und mißhandelt. Die einschreitende Polizei führte den Schriftsteller und seine Angreifer der nächsten Polizeiwache vor.

Einbrecher erschossen.

Wp Köln, 31. August. Heute morgen, gegen 4.15 Uhr, bemerkte ein Polizeibeamter des 19. Reviers an der Alten Mauer am Bach drei verdächtige Personen, bei denen es sich offenbar um Einbrecher handelte. Nach mehreren Haltrufen gab der Beamte auf die Fliehenden einige Schreckschüsse ab, wobei der 18 Jahre alte Peter Kößler aus Köln-Ehrenfeld getroffen wurde. Der Verletzte wurde sofort ins Bürgerhospital eingeliefert, wo er bald darauf starb. Die beiden anderen Einbrecher entkamen.

Es gibt noch leichtsinnige Leute.

Wp Köln, 31. August. Unter Krähnenbäumen stieg ein Dieb in das Schlafzimmer eines Geschäftsmannes ein. Aus der unverschlossenen Kommode nahm er eine Briefmappe mit etwa 700 R.M. und aus dem ebenfalls unverschlossenen Kleiderschrank eine Kassetten mit Dollarscheinen und Silbergeld, sowie für etwa 300 R.M. Wechselgeld, das sich in fünf Zäunen befand.

Wuppertal.

Tragischer Tod eines Polizisten.

Wp Wuppertal, 31. August. Gestern abend wollte der Polizeioberwachmeister Kößler vom 13. Revier auf der Unterbörner Straße in Barmen gegen einen Radfahrer einschreiten, der verbotswidrig an einen in Richtung Elberfeld fahrenden Lastzug angehängt hatte. Als der Radfahrer den Beamten sah, versuchte er, den Lastzug links zu überholen. Kößler, der den Radfahrer aufhalten wollte, überquerte vor dem Lastwagen den

Der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter gestorben.

Wp Berlin, 31. August. (Drahtb.) Der Erste Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Josef Wiedeberg, ist heute im 59. Lebensjahr im Krankenhaus in Hermsdorf bei Berlin an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. Wiedeberg wurde in einem niederschlesischen Dorf als Sohn armer Eltern geboren und kam im Alter von 16 Jahren als Maurerlehrling nach Berlin. Hier gründete er im Jahre 1899 den christlichen Bauarbeiterverband, dessen Erster Vorsitzender er bis zu seinem Tode gewesen ist. Wiedeberg war auch Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Die Not der Bauarbeiter, von denen heute 90 v. H. arbeitslos sind, hatte ihn seelisch und körperlich so zerrüttet, daß er dann die hinzugekommene Krankheit nicht mehr zu überwinden vermochte.

Fahrdamm. Hierbei wurde er von dem linken Vorderrad erfasst und überfahren, was seinen Tod herbeiführte. Dem Radfahrer gelang es, zu entkommen.

Lehrling vom Auto angefahren und getötet.

Wp Duisburg-Hamborn, 31. Aug. In den Nachmittagsstunden des Mittwoch wurde auf der Münzstraße der 15jährige Lehrling Hans Wahnert, der auf seinem Fahrrad die Straße befuhr, von einem ihn überholenden Lastwagen angefahren und zu Fall gebracht. Der Junge geriet unter die Räder des Lastwagens und wurde schwer verletzt. Er starb nach kurzer Zeit. Der Wagenführer wurde der Polizei zugeführt, jedoch nach Feststellung des Sachverhalts wieder entlassen.

Vom eigenen Kraftwagen erdrückt.

Wp Bochum, 31. Aug. Mittwochnachmittag wurde der Klempner Fort aus Wattenfeld von einem Auto angefahren und gegen eine Wand gedrückt. Der Verunglückte hatte an dem Auto Reparaturen vorgenommen und dem Chauffeur nach ihrer Vollenbung ausgegeben, den Motor anzukurbeln. Der Chauffeur gibt an, daß im gleichen Augenblick, als der Motor ansprang, auch der Wagen nach vorn schellte und den Verunglückten gegen die

Wand drückte. Der Chauffeur hatte noch Zeit, zur Seite zu springen, sonst wäre auch er von dem Wagen erfasst worden. Der Fahrer behauptet, daß der Schalthebel auf Leerlauf gestanden und Fort den Hebel selbst in eine andere Richtung gebracht haben muß. Der Tod trat bei Fort sofort ein.

Todessturz von der Treppe.

Wp Werderh, 1. Sept. Mittwochnachmittag wurde ein Mann namens H. Helmann auf einer Treppe in der Lindenstraße tot aufgefunden. Die sofort vorgenommene Untersuchung stellte einen schweren Schädelbruch fest, der den Tod herbeigeführt hat. Wahrscheinlich ist der Mann von der Treppe gestürzt.

Die Bremse verlagte.

Wp Aachen, 31. August. Heute früh, gegen 3 Uhr, ist der Personentransportwagen des Kaufmanns August Kasten aus Dortmund-Brakel in der Nähe von Bedum infolge Versagens der Bremse mit aller Wucht gegen einen Baum gestürzt. Kaufmann Kasten war auf der Stelle tot, während sein Chauffeur schwer verletzt wurde. Der Transportwagen ging vollkommen in Trümmer.

Schwarzsender in Betrieb.

Wp Gladbach-Rehdt, 31. August. Bei einer Durchsuchung nach Schmuggelware wurde heute morgen von der Kriminalpolizei in einem am Rande der Stadt gelegenen Gasthaus eine Kurzwellen-Sende- und Empfangsanlage entdeckt. Die Anlage ist von einem Mitglied der NSDAP errichtet worden. Es ist festgestellt, daß mehrfach Übertragungen größeren Umfangs mit diesem Gerät stattgefunden haben. Da die Errichtung und der Betrieb derartiger Anlagen verboten ist, wurde der Apparat beschlagnahmt.

Ein Junge verbrannte an Hochspannungsdrähten.

Berg b. Altenahr, 30. August. Furchtbar zugerichtet wurde ein siebenjähriger Junge, der einen Leitungsmast der Hochspannung erklettert hatte und dann nach einem der Drähte griff. Im Bruchteil einer Sekunde war ihm der rechte Arm verbrannt und buchstäblich verkohlt. Ebenso trug er an der linken Hand und am rechten Arm furchtbare Brandwunden davon. Bald verlor der waghalsige Kletterer, von heftigsten Schmerzen gepeinigt, die Besinnung und stürzte schließlich ab. Bei dem Aufschlag erlitt er noch einen schweren Schädelbruch, so daß der Junge in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Wetterausblicken.

Die am Dienstaachmittag mit zahlreichen Gewittern über Westdeutschland hinweggezogene Störungslinie lag gestern bereits über dem östlichen Deutschland. Nach Durchzug einer gestern Mittag über dem Kanal liegenden Störungslinie wird sich das Wetter zunächst wieder meist trocken gestalten. — Bei Seeland liegt ein sehr kräftiger Sturmwind, dessen Entwicklung jedoch hauptsächlich in nördlicher und nordöstlicher Richtung vor sich geht und der daher unser Wetter noch nicht unmittelbar bedroht.

Vorhersage bis Freitag: Wechselnd bewölkt, meist trocken, mäßig warm.

Todessturz mit dem Fahrrad bei einem Straßenerennen.

Wp Ahrweiler, 31. August. Gestern nachmittag starb im hiesigen Krankenhaus der Jugendfahrer Walter Sebastian aus Ahrweiler. Sebastian hatte bei dem am vergangenen Sonntag veranstalteten Straßenerennen teilgenommen. Einige hundert Meter vor dem Ziel kam er auf einer abschüssigen, kurvenreichen Straße so unglücklich zu Fall, daß er mit lebensgefährlichen Geschwulstverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Noch bis kurz vor seinem Tode war Sebastian bei vollem Bewußtsein und erzählte seiner Mutter den Hergang des Unglücks.

Die Pferde scheuten.

Wp Kirchen (Siegl), 31. Aug. Der Fuhrmann Güdelhöfer wollte heute Mittag bei Mubersbach Gras holen. Die Pferde scheuten plötzlich und gingen durch, wobei der Fuhrmann zu Boden geworfen wurde. Pferde und Wagen gingen über ihn hinweg. Güdelhöfer blieb mit eingedrückt Brustkorb tot liegen. Die wildgewordenen Pferde konnten später gebändigt werden.

Sandel und Wirtschaft.

Calcarer Eierbörse.

Calcar, 31. August. Bei der Eierbörse wurden für je 100 Stück bezahlt: Klasse S 9 bis 9,20 M., Klasse A 8,40—8,80 M., Klasse B 7,80—8,40 M., Klasse C 7,50—7,80 M., Klasse D 6,75 M. Die Preise gelten als Calcar ausschließlich der Spesen des Großhandels bei franco Rücksendung der Kisten nach Station Calcar.

Gewinnauszug.

5. Klasse 39. Preußisch-Schlesische (265. Preuß.) Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losnummer in den beiden Abteilungen I und II

20. Ziehungstag 31. August 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M.	284306
8 Gewinne zu 10000 M.	15155 35473 85288
114150	
4 Gewinne zu 5000 M.	230539 369815
10 Gewinne zu 3000 M.	242093 300546 320737
329845 357666	
56 Gewinne zu 2000 M.	12100 26301 29410 63321
92111 105835 109082 122114 124092 128214	
134330 148238 190281 206029 275110 290062	
239285 241742 241775 242644 253268 277492	
293735 297885 298327 329182 366871 382320	
90 Gewinne zu 1000 M.	52987 57027 59502 76473
86483 101443 107889 108745 113441 127067	
138926 139633 143369 160213 166724 167879	
202031 202278 202278 208719 209080 214770	
222180 224491 224807 232550 235078 251172	
266861 272431 274452 281967 283834 284046	
293916 294488 298254 318951 334030 337936	
352444 357403 378595 381842 397440	
172 Gewinne zu 500 M.	10112 10409 10453 15888
20234 21686 30656 31883 47108 48888 49556 50421	
61203 79033 90474 95417 105953 112126 112211	
115854 119022 129681 130012 131324 144896	
145349 145516 146468 147274 150982 152805	
154918 158410 161052 161276 172725 175015	
182926 184237 184488 193445 195315 200554	
205829 208020 211578 220448 220578 221870	
237335 245010 248087 250390 252870 254393	
255982 256970 260331 260437 268565 273368	
274167 277993 278065 317273 324139 325181	
298977 299879 300838 308036 308000 308592	
315022 317377 320816 324795 332300 332675	
340731 344351 353871 353340 356190 357355	
397866	

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M.	51417
6 Gewinne zu 10000 M.	72996 275599 332832
14 Gewinne zu 5000 M.	140888 225561 264178
275352 284453 322872 389435	
172 Gewinne zu 3000 M.	36554 38028 102338
249251 354050 382273	
40 Gewinne zu 2000 M.	4862 96298 103445
115288 121933 124121 136287 144819 156100	
167183 162180 173321 195150 201879 258005	
284103 319168 350327 372023 397835	
90 Gewinne zu 1000 M.	25825 41070 54060 59649
63379 67904 69693 112813 114271 117930 119029	
122088 138974 147279 161183 181764 182942	
201867 203169 213521 219822 222293 222954	
224888 228789 232334 237760 253897 251086	
268176 268991 269839 269890 273405 281672	
294478 295724 302396 306709 334273 353282	
374551 380513 385563 399984	
118 Gewinne zu 500 M.	4031 24638 26436 43804
45774 49171 51292 62044 105198 105746 118900	
123460 127381 129321 130065 130155 143450	
143460 150837 159310 178301 179202 181511	
190195 194746 205258 219997 217584 234780	
235182 239287 246440 254260 255392 282078	
266877 271476 271594 272158 276137 276802	
283584 285070 300159 329806 335219 342893	
308284 315848 331178 332795 338219 342893	
349171 360111 370428 373910 380282 387101	

Im Gewinnrabe verbleiben: 2 Prämien zu je 50000 M., 10 Schlussprämien zu je 8000, 2 Gewinne zu je 20000, 2 zu je 7000, 2 zu je 5000, 10 zu je 2500, 53 zu je 1000, 146 zu je 500, 293 zu je 200, 854 zu je 100, 1732 zu je 100, 8026 zu je 50, 9092 zu je 400 M.

Der Sternenhimmel im September



Als einer der ersten Sternschnäbel zeigt sich nach wie vor der Aktur in nördlicher Höhe im Westen, doch ist er jetzt dem Untergang nahe und wird in der Folgezeit am Abendhimmel nicht mehr zu sehen sein. Akturs Schicksal teilen die Sternbilder Schiffe im Südwesten, Schlange und Schlang im Westen, Bootes und Krone im Nordwesten, die ebenfalls allmählich verschwinden. Neu ziehen im Osten der Walfisch und im Nordosten der Eider herauf. Eine bemerkenswerte Erscheinung ist der große Andromedanebel, der am mondlichfreien Himmel deutlich zu erkennen ist.

Unter den Planeten ist in der Morgendämmerung am östlichen Horizont Merkur zu sehen, der rund eine Stunde vor der Sonne aufgeht. Am 8. geht er an dem Hauptstern des Löwen, dem Regulus, und am 13. an dem Planeten Jupiter vorüber. Venus behauptet nach wie vor ihre Herrschaft als Morgenstern, die während des Monats vier Stunden vor der Sonne aufgeht. Uebrigens erhält sie im September eine „Konkurrenz“ in Gestalt des Jupiter, der Anfang des Monats eine halbe Stunde, am Monatsende zweieinhalb Stunden vor der Sonne aufgeht und die Rolle eines zweiten Morgensterns spielt. Mars geht kurze Zeit nach Mitternacht auf. Er hat seine Stellung in der Nähe der Zwillingsterne und kann beobachtet werden, wie er an Kaster und Pollux vorbeizieht.

Saturn geht zu Beginn des Monats 1½ Stunden nach Mitternacht, am Ende des Monats eine halbe Stunde vor Mitternacht unter. Uranus ist die ganze Nacht über zu sehen. Er geht anfangs um 8 Uhr, später um 6 Uhr abends auf und erst nach Sonnenaufgang unter. Neptun, der zugleich mit der Sonne aufgeht, ist anfangs unsichtbar, später geht er etwa 2½ Stunden vor der Sonne auf.

Das wichtigste Ereignis für den Himmelstracker ist im Monat September die Mondfinsternis am 14. Es ist die einzige in Mitteleuropa sichtbare Mondfinsternis des Jahres. Die Verfinsternung erreicht nicht ganz die Totalität, aber immerhin wird der Mond zu 98 Proz. seines Durchmessers vom Erdschatten bedeckt. Um 8 Uhr 18 Minuten tritt der Mond in den Kernschatten der Erde ein. Gegen 10 Uhr ist die Verfinsternung in ihrem höchsten Stadium. Um 11 Uhr 43 Minuten erfolgt dann der Austritt aus dem Kernschatten der Erde. Der kleine beleuchtete bleibende Teil der Mondscheibe befindet sich am nördlichen (oberen) Rande. Die Hauptphasen, unseres Trabanten sind übrigens: am 7. erstes Viertel, am 14. Vollmond, am 23. letztes Viertel und am 30. Vollmond.

Die Sonne geht am 23. aus dem Zeichen der Jungfrau in das Zeichen der Waage über. Wir haben Tag- und Nachtgleiche, es beginnt der Herbst.

Die Neueinteilung der Ämter kommt

Über 100 Ämter verschwinden vor der Bestellung eines Staatskommissars für diese Aufgabe

In dem jetzt erscheinenden Heft 16 der Kommunalpolitischen Blätter finden wir Mitteilungen über Pläne der Staatsregierung, die nun auch die Ämter neu einteilen will. Wir entnehmen diesen Mitteilungen folgende Angaben, die zweifellos großes Aufsehen in den beteiligten Kreisen hervorrufen werden; umso mehr, als die Kommunalpolitischen Blätter für die Zuverlässigkeit ihrer Angaben bekannt sind.

Nachdem nunmehr die Umgliederung der preussischen Kreise im Sitzungsstempel erfolgt ist, scheint man jetzt auch an die

Neueinteilung der rheinischen und westfälischen Ämter

herangehen zu wollen. Man will in Berlin offenbar nun ganze Arbeit machen mit der territorialen Verwaltungsreform. Die Sache ist so gedacht, daß man an irgend eine Stelle einen Mann hinstellt mit dem Sonderauftrag, nun die Ämter neu einzuteilen. Das Ergebnis dieser Arbeit soll dann beschleunigt in Kraft gesetzt werden. Man spricht sogar davon, daß die neue Ämter-einteilung in der Rheinprovinz bereits am 1. April 1933 fertig sein soll. Dann soll Westfalen in einem ähnlichen beschleunigten Tempo in Arbeit genommen werden.

Diese völlige Umgestaltung der Landkarte des Westens, die noch durch die eine oder andere kleine Korrektur von Kreisgrenzen vergrößert werden wird, ist nunmehr, wenn nicht alle Anzeichen trügen, zu erwarten. Eine Fülle von Problemen wird damit aufgerollt: Die Zahl der Ämter, die verschwinden werden, wird über hundert betragen. Der ganze Streit darüber, wohin nun eine Gemeinde geschlagen werden soll, welcher Ort und Sitz des Bürgermeistersamtes wird, welche Bürgermeister im Amt bleiben, was mit den Beamten und Angestellten der Ämter geschieht, wie sich die neuen Gebilde verkehrs-, geographisch, kommunalwirtschaftlich und vor allem finanziell ausnehmen werden — alles das wird nunmehr losgehen. Es steht sehr viel auf dem Spiel dabei. Nicht nur an Praktischem, sondern auch an Grundsätzlichem: Ob man die Entlösung des Landes von Behörden fortsetzen will, ob man nach der Schaffung größerer Ämter nun Ernst machen will mit der Durchführung des Gesetzes vom 27. Dezember 1927, das — soweit die Tätigkeit des Gemeindevorstandes in Frage kommt — aus mancherlei Gründen zum großen Teil auf dem Papier stehen geblieben ist oder richtiger: stehen gelassen worden ist und.

Über die Notwendigkeit einer Neuordnung, besteht kein Zweifel. Man wird sich auch darüber im Klaren sein, daß man diese Aufgabe nicht lösen kann auf dem Wege der Gefühlsregung oder im Laufe monatelanger Verhandlungen unter Einwirkung parlamentarischer Persönlichkeiten, weil es letzten Endes unmöglich ist, alle Wünsche unter einen Hut zu bringen, und eine Lösung zu finden, die allen Wünschen gerecht wird.

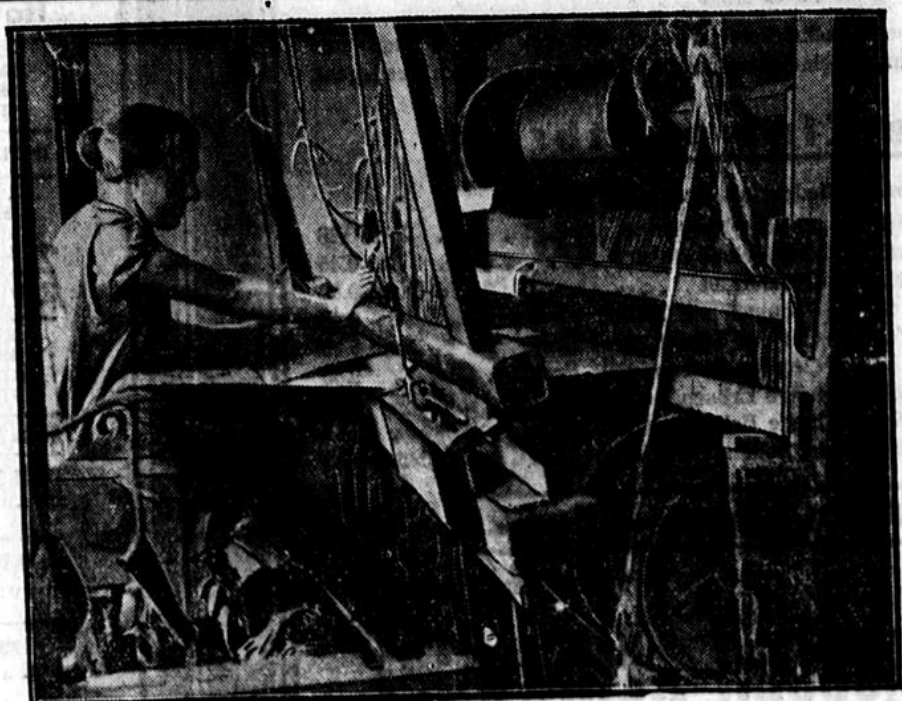
Andererseits scheint es jedoch auch ebenso unmöglich, daß diese Aufgabe im normalen Infanzgenz und unter maßgebender Mitwirkung der Verwaltungsbehörden ersten und zweiten Ranges durchgeführt werden kann.

Jede neue Einteilung der Ämter bringt zunächst eine weitgehende Beunruhigung der Bevölkerung mit sich. Eine Beunruhigung, die noch erheblich größer ist, als sie durch die Zusammenlegung der Landkreise verursacht wird. Man wird den Behörden, die irgendwie damit beteiligt waren, — also Kreisverwaltung und Bezirksregierungen diese Verunsicherung nachtragen und das wird für deren Arbeit sich nicht vorteilhaft auswirken können.

Aus diesen Gesichtspunkten liegt der Vorschlag nahe, daß man die Durchführung der Neueinteilung, — wenn sie jetzt schon mal erfolgen soll — möglichst aus dem normalen Infanzgenzweg herausnehmen und durch eine unabhängige Persönlichkeit durchführen läßt. Daraus ergibt sich, daß diese Persönlichkeit — ob sie nun Staatskommissar heißt oder nicht — aus dem regulären Verwaltungsaufbau herausgelöst werden und eine freiere Stellung erhalten muß. Diese Loslösung erscheint vor allem wesentlich, damit der Sachbearbeiter nicht an die Vorurteile der untergeordneten Stellen gebunden ist und diese auch nicht mit mehr oder weniger Berechtigung erwarten können, daß er sich ihren Vorurteilen anschließen wird. Eine freiere Stellung des Sachbearbeiters dürfte, auch vor allem notwendig sein, um die regulären Verwaltungsbehörden von dem Dium frei zu halten, daß sie nun die Schuld daran tragen, daß dieses oder jenes Amt verschwindet, dieser oder jener Ort kein Bürgermeisteramt einbüßt, dieser oder jener Bürgermeister keine Stelle verliert u. dgl. Die Durchführung des großen Projekts wird nicht möglich sein, ohne daß zugleich auch eine Regelung getroffen wird, was mit den entbe-

lich werdenden Bürgermeistern, Rentmeistern und anderen Beamten und Angestellten geschehen soll. Die Pläne der Berliner Stellen scheinen sich nur auf die Neueinteilung der Ämter zu erstrecken. Die Gemeinden will man anscheinend diesmal nicht antasten. Und das ist recht so. Die

neue Aktion ist an sich schon praktisch und phologisch so kompliziert, daß man sie nicht auch noch mit einer Gemeindezusammenlegung belasten soll. Umso mehr als sich jetzt schon Kreisstädte mit neuen Eingemeindungsplänen melden.



Kommt das Handwerk wieder zu Ehren?

In vielen Gegenden Deutschlands, die bisher eine große Weberei-Industrie hatten, hat jetzt auch die Wirtschaftskrise ihren Eingang gehalten und zur Stilllegung der Werke geführt. Da haben nun

die arbeitslosen Weber zur Selbsthilfe gegriffen und ihre alten Handwebstühle wieder aus den Ecken geholt. Wie in alten Tagen sitzt nun die Generation des Maschinenzeitalters und der Rationalisierung vor dem Webstuhl des Großvaters.

Brühl und Umgebung

Brühl, 1. Sept.

Fahrpreismäßigung für Besucher der Kölner Messen

Wie die Reichsbahndirektion Köln mitteilte, hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft Berlin dem Antrag der Kölner Messeleitung entsprochen, wonach den inländischen Besuchern der Kölner Herbstmesseveranstaltung (Herbstmesse für Haus- und Küchenbedarf 18. bis 20. September, Westdeutsche Gastwirts- und Hotelier-Messe 17. bis 25. September) in einem Umkreis von 200 km zum ersten Male eine Fahrpreismäßigung um 33 1/3 Prozent gewährt wird. Gegen Vorzeigung des amtlichen Messeausweises erhalten die Messebesucher Sonntagsfahrkarten.

... Zugelaufen ist ein grauer Schäferhund. Abzuholen bei der Polizeiverwaltung Brühl-Stadt, Zimmer 4.

... Unreife Äpfel soll man nicht essen. Und doch enthalten sie einen für die Menschen sehr brauchbaren Stoff: das ist das Gallert. Durch das Kochen wird es schmackhaft und gesundheitsdienlich. Es gibt das Äpfelgelee. Nachdem man die Äpfel gewaschen und jeden in 2 bis 4 Stücke geschnitten hat, kocht man sie weich, ohne sie geschält zu haben und läßt sie drei Tage stehen. Die Schale enthält das meiste Gallert. Die Masse wird in einen Saft getan und höchstens nur leicht gepreßt. Nun wird der ansitzende Saft durch Kochen eingedickt, mit Zucker und beliebigem Gewürz vermischt und je nach Bedürfnis auf Glaschen gegossen. Dieses bekömmliche und schmackhafte Nahrungsmittel macht sich besonders in Familien mit vielen Kindern nützlich und läßt sich vielfach verwenden.

11 Vor 15 Jahren — 1917! 3. September. Einnahme von Riga. 4. September Einnahme von Dünaburg. 12. September. Königin Elena von Bulgarien t. 15. September Auslösung der Republik Rußland. 26. September Siegreiche Beendigung der Schlacht in Flandern.

Kathol. Vereinskalendar Brühl

Gästlich: Heute abend 8 Uhr Chorprobe im Josephshaus, im unteren Saal für Sopran und Alt, im oberen Saal für Tenor und Bass; anschließend Gesamtprobe. Alle Mitglieder werden erwartet.

Die 10 Gebote des Naturschutzes

1. Du sollst der Natur, die dich durch ihre Schönheit erfreut, nicht mit Undank lohnen, indem du sie schädigst.
2. Du sollst die Natur nicht durch weggeworfene Blumen, Papier oder andere Abfälle verschandeln.
3. Du sollst zur Erinnerung oder für deine Sammlungen von Blumen und Zweigen, Schmetterlingen und Steinen nur soviel mitnehmen, wie du wirklich brauchst.
4. Du sollst keine überflüssigen Sammlungen anlegen, noch von Schmetterlingen, Käfern oder sonst etwas, wenn du dich nicht ernstlich damit beschäftigen willst.

5. Du sollst auf solche Naturerbsen, deren Bestand dadurch gefährdet wird, überhaupt verzichten und bedenken, daß sich auch andere daran erfreuen wollen.

6. Du sollst keine Pflanzen mit den Wurzeln ausgraben noch ausreißen.

7. Du sollst von Bäumen und Sträuchern keine Blätter abreißen, sondern sie nötigenfalls mit Messer oder Schere abschneiden.

8. Du sollst beim Pflücken von Blumen darauf achten, daß der Stod nicht beschädigt wird und wenigstens noch einige Blüten behält.

9. Du sollst die Rinde der Bäume nicht als Stammbuch benutzen.

10. Du sollst Kinder und unverständige Erwachsene zur Schonung der Natur anhalten.

Die Jagd im September

Mit Beginn des Septembers ist die Rebhühnerjagd in allen Ländern frei. Es kommt nicht selten vor, wie die illustrierte Jagdzeitung, „Bild und Hund“, Berlin SW 11, schreibt, daß die Jungvögel zu Beginn der Jagd noch nicht vollwüchsig sind (Spät- oder Zweitbruten). So achte man genau auf die abtrocknenden Ketten und schone die noch nicht abtrocknenden Hühner. Ebenso schiese man möglichst nicht die Altvögel eines Volkes, weil die dann führerlosen Jungvögel leicht Opfer der Witterung oder des Raubwildes werden. Außer dem Hahn, der sich noch der Schonzeit erfreuen darf, sind im September ferner auf: Wildtauben, Wildgänse, Enten, Belfassinen usw., sowie Kaninchen. Die Wildtauben bieten jetzt im Spätsommer eine schmackhafte Beute. Ebenso Enten, Sumpf- und Treibjagden lohnen gewöhnlich nicht mehr, da beim ersten Schuß alles aufsteht und abfliehet. Erfolgreicher und schöner dagegen ist Abklopfen von Schonungen und Dörfern, wobei es dem flinken Kaninchen gilt. — Auch im Hochwildrevier naht hohe Zeit. Fast alles Schalenwild, soweit männlich, ist frei. Noch kann der Rehböck erlegt werden, sofern der Abschussplan noch nicht erfüllt sein sollte. — Erfolgreich kann ein Anstich auf zu Schaden gehendes Schwarzwild sein. Größte Vorsicht ist aber geboten, wenn es sich um stärkere Stücke handelt; leicht geschieht es dann, daß man eine Bache schießt, deren Frischlinge führerlos einem vielleicht harten Winter entgehen. — Zu Anfang September ist der Damshausler häufig noch nicht mit dem Fegen fertig. Die Jagd auf ihn ist in freier Wildbahn ebenso schwierig und interessant wie auf den Rotfuchs, der noch in der Felle steht. Schon aber macht sich die nahende Brunnzeit bemerkbar. Um die Mitte des Monats steht der Fuchs bei seinem Rudel, und bald erdröhnt — vom Weidmann lange und ungeduldig ersehnt — der erste Brunnstreich des Königs unserer Wildbühnen.

Laß die Mark im Lande

Kauf deutsches Obst und Gemüse

Ererzitten im St. Elisabethhaus, Niederkassel am Rhein (Siegekreis).

Vom 2. bis 6. September Jungfrauen. 6.—10. Vorstände der Müttervereine (Sonderkurs). 10. bis 14. Jungmänner. 17.—21. Männer. 26. bis 30. Frauen. 1.—7. Oktober Pfarrhausälterinnen (5 Tage, Altererzittanten). 10.—14. Frauen. 15.—19. Jungfrauen. 24.—28. Frauen. Anmeldungen werden freudigst erbeten an die Schwester Oberin.

Briefkasten.

Kunststoffe unter dieser Rubrik werden nur Belegern der B. 3. erteilt und sind unverbindlich. Anfragen sind nur schriftlich unter Nennung des Namens und Bezeichnung der Zeitung einzureichen. Anfragen durch Fernsprecher können nicht beantwortet werden.

G. D. Sch. Badorf. Was ist nach den neuen Bestimmungen pfändungsfrei? Ich habe einen Monatslohn von 250 RM, bin verheiratet und habe ein Kind. — Die Pfändungsgrenze beträgt ab 1. Juli 1932 bei Auszahlung für Monate oder Bruchteile 165 RM monatlich. Darüber hinaus ist noch ein weiteres Drittel des diesen Betrag übersteigenden Lohnes unpfändbar. Hat der Schuldner seinem Ehegatten und Verwandten Unterhalt zu gewähren, so erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede dieser Personen um ein Sechstel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrages. Sie sind verheiratet, haben ein Kind und verdienen monatlich 250 RM. Dann sind pfändungsfrei: 165 RM + 1/3 von 85 RM + 2/6 von 85 RM, also 2/3 von 85, mithin pfändbar 28,34 RM. Die Berechnung des unpfändbaren Lohnanteiles erfolgt vom Bruttolohn.

Landwirt Vilar. Bin ich auch als kleiner Landwirt verpflichtet, der Steuerbehörde gegenüber Buch zu führen? — Die Buchführungspflicht erstreckt sich praktisch auf den Großgrundbesitz sowie auf größere bäuerliche Betriebe. Kleinbetriebe sind regelmäßig buchführungsfrei. Von einer Veranlassung zur Buchführung soll insbesondere abgesehen werden: 1. wenn kleine Betriebe, bei denen die Arbeit vom Betriebsinhaber und seinen Familienangehörigen geleistet wird, nur in einem geringen Maße die Buchführungsgrenze des Paragraphen 161 Abs. 1 AO überschreiten, also mehr als 6000 RM Reineinkünfte erzielen; dies gilt auch bei vorübergehender Beschäftigung fremder Arbeitskräfte. 2. Wenn in den Reineinkünften außerordentliche Wabnabungen enthalten sind, und dadurch die 6000 RM Grenze überschritten wird; 3. Bei ausbleibenden Fortschritten von nicht mehr als 150 Hektar. Das Finanzamt kann außerdem auch noch aus anderen Gründen von der Buchführungspflicht ganz oder teilweise befreien.

Sport

Brühler Sportverein e. V. Am Sonntag fährt die 1. und 2. Mannschaft zum fälligen Meisterschaftsspiel nach Opladen. Aufstellung: 1. Mannschaft Schmitz, Döhmer, Ritter, Schneider, Keller, Olshofski, Ulrich, Schneider, Kohn, Kier, Thönniges. 2. Mannschaft Freidenbach, Trimborn, Denjeler, Kremer, G., Jünder, Weger, Koller, Marzall, Matheis, Kier, B., Kölling. Abfahrt für beide Mannschaften 1 Uhr ab Belvedere. Evtl. Abjagen erbiten frühzeitig an P. Schell, Uhlstraße. Die Lehrmannschaft spielt um 11 Uhr im Stadion gegen die Reserve von Nippes 10 im folgenden Aufstellung: Beders, Mählberg, Engels, Meißel, Gul, Kuth, Kerstges, Wengel, Thönniges, Nausch, Marg. Die 3. Mannschaft spielt um 11 Uhr an der Bonnstraße gegen Nippes 3. Aufstellung: Krautwig, Böbling, Rothleimer, Münch, Geier, Krämer, W., Gul, Schell, S., Rand, Balzer.

Fr. Turn- und Spielverein Brühl — Köln. Süd. Sonntag steigt der Kampf um die Gruppenmeisterschaft. Aufstellung: Schul, Grandt, Schmitz, F., Hoffmann, Kiedl, Aubert, Mandt, M., Hefer, B., Nüßgen, Kier, E., Schmitz, S. Eröffnung 16.30 Uhr. Platz Stadion. — Die 2. Mannschaft spielt gegen Süd 2. Mannschaft. Aufstellung: Dübena, Wieland, Kuhl, Sträger, Gutmader, Senge, S., Mandt, G., Hannott, Kier, Hennig, Senge, S., Eröffnung 16.30 Uhr. Platz Stadion.

Varen im Haus Belvedere. Der Brühler Amateur-Vogel-Club bietet den Brühler Vogelportfreunden am Samstag wiederum ein ausgezeichnetes Programm. Als Gegner wurde die 1. Mannschaft des Kölner Klub für Vogelport verpflichtet. Beginn der Kämpfe 8.30 Uhr. Aufstellung siehe Plakatausgang.

Verantwortlich: Peter V e c h e r, Brühl. Notationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“ Buchdruckerei P. Vecher GmbH. Brühl.

... Brotpreisfestung ab 1. September. „Die beiden Konsumgenossenschaften „Eintracht“ und „Hoffnung“ haben infolge Sinkens der Mehlpreise mit Wirkung ab 1. September ihre Brotpreise um etwa 8 Prozent ermäßigt.“

„Haarglanz“ festigt die Frisur! Er macht das Haar straff und elastisch. Infolgedessen läßt es sich noch einmal so leicht frisieren, und die Frisur hält länger. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond“, die aufhellende Spezial-Sorte!

Bingsdorferstr.